

Pressemitteilung

Kommunalwahl wirft ihre Schatten voraus Neujahrsempfang der Lorsch SPD im Palais von Hausen

Zum traditionellen Neujahrskaffee, einer Art Neujahrsempfang, hatte die Lorsch SPD ihre Mitglieder und Angehörige in den Freiherrensaal des Palais von Hausen eingeladen.

Diese Gelegenheit nutzte die Ortsvereinsvorsitzende Brigitte Sander einerseits zur Ehrung langjähriger Mitglieder, andererseits war es auch eine Gelegenheit einen kurzen Rückblick zu halten und eine Vorschau auf die Kommunalwahlen am 6. März. Sie hoffe, dass die SPD dann ein gutes Wahlergebnis erreiche, meinte Brigitte Sander bei der Begrüßung. Sie wünschte sich auch, dass endlich eine Lösung gefunden werde für die Flüchtlingsproblematik damit nicht rechte Kräfte die Oberhand gewinnen und die politische Landschaft verändert wird. Sie zeigte sich dahingehend sicher, dass die vorhandenen Probleme von allen, die Verantwortung tragen, so gut wie möglich gelöst werden. Sie dankte den Helfern der Ökumenischen Flüchtlingshilfe für ihr Engagement.

Im Hinblick auf die Kommunalwahl erwähnte sie, dass die SPD einige neue Mitglieder gewonnen habe und einige neue Leute auf der Wahlliste stünden. Das Wahlprogramm sei relativ früh erstellt und veröffentlicht worden. Mit „Lorsch aktuell“ habe man auch die Bürger informiert. Auf polemische Informationen werde die SPD aber verzichten. Beim Heringessen am 12. Februar soll die heiße Phase des Wahlkampfes eingeläutet werden.

Frank Schierk, Fraktionsvorsitzender der SPD erklärte, dass es bei dem Beschluss für beitragsfreie Kindergärten bleibe. Wenn Schulbesuch kostenlos angeboten werde, müsse das auch bei Kindergärten möglich sein. Es dürfe nicht sein, dass das an kommunalen Finanzen scheitere. Diese Finanzierung sei Sache des Landes. Als Schwerpunkte für die kommende Legislaturperiode nannte Schierk die Änderung der Straßenbeitragsatzung, die Straßensanierung, eine „dritte Halle“ im Ehlried und den eventuellen Neubau der Nibelungenhalle.

../2

Der SPD-Landtagsabgeordnete Norbert Schmitt erinnerte daran, dass Ministerpräsident Volker Bouffier gesagt habe, dass man Kindergärten beitragsfrei stellen könne, wenn der Länderfinanzausgleich neu geregelt werde. In Rheinland-Pfalz sei das der Fall und da sei die finanzielle Situation auch nicht besser als in Hessen. Der Hinweis auf den Länderfinanzausgleich, dessen Reform jetzt beschlossen sei, dürfe nicht als faule Ausrede dienen. Bei der Flüchtlingsfrage habe die SPD der Landesregierung eine Zusammenarbeit angeboten. Bedingung sei aber, dass auch andere soziale Probleme in Angriff genommen würden wie Verbesserung des Sozialwohnungsbaus und die Herabsetzung der zu teuren Mieten.

Alleine im Kreis Bergstraße fehlten rund 4.000 Wohnungen zu bezahlbaren Preisen. Gefordert werde der Einsatz gegen Wohnungsleerstand, für mehr Polizei, die am Limit arbeite und über zwei Millionen Überstunden habe, die nicht bezahlt würden. Bei dem Angebot für Ganztagschulen liege Hessen ganz hinten. Die bessere Ausbildung für Schüler müsse weitergeführt werden. Bei der Einstellung von Schulsozialarbeitern mache die CDU leider nicht mit. Schmitt hatte den Spruch „Kommunal ist nicht egal“ umgewandelt in „kommunal ist uns nicht egal“. Hessens Kommunen hätten die höchsten Defizite. Um die Verschuldung zu verbessern, müsse der Kommunale Finanzausgleich verbessert und die kommunale Finanzausstattung erhöht werden. Leider habe sich die Landesregierung hier noch nicht bewegt. Die Bürger könnten mit der Wahl am 6. März der Regierung ein Signal geben.

Matthias Baaß, Bürgermeister von Viernheim, seit vielen Jahren Mitglied des Kreistags und Spitzenkandidat der SPD für die Wahl sorgt sich darüber, dass immer weniger Menschen zur Wahl gehen. Die Gründe für diese Enthaltensamkeit seien vielseitig. Man müsse versuchen, die Menschen zu animieren, ihnen deutlich machen, „dass es Menschen gibt wie du und ich, keine fernen Politiker“. Es sei schwierig, diese Menschen zu erreichen. Er hoffe, dass alle, die auf den Wählerlisten stehen, sich dieser Aufgabe widmen. Es sei notwendig, das Vertrauen der Menschen zu gewinnen. Zur Frage der Flüchtlinge vertrat er die Auffassung, dass sich Merkel, Gabriel und Seehofer zusammensetzen müssten um die Integration zu organisieren. Sie sollten nicht überlegen, wie diese Menschen abgeschoben werden könnten, sich nicht in Talkshows angiften. Es sei ihre staatsmännische Pflicht, die Integration zu einem Erfolg werden zu lassen. Nur wenn das gelinge, könne es allen nutzen. Auch der hessische SPD-Vorsitzende Schäfer-Gümbel habe der Landesregierung zugesagt, gemeinsam die Probleme zu bewältigen. Die Grenzen zu schließen sei naiv und nicht zu realisieren. Die CDU habe ein Problem mit dieser Meinung von Angela Merkel. Wenn eine kleine Mehrheit der Flüchtlinge sich daneben benehme, müsse die Justiz durchgreifen, müsse das bestehende Recht anwenden. Die SPD wolle im Kreis dazu beitragen, dass die Integration gelingt. Da wo sie in der Verantwortung sei, habe sie schon gezeigt, dass das gelingen kann. Matthias Baaß hofft, dass es gelingt, die Bürger davon zu überzeugen, dass es sich rentiert, wählen zu gehen.

Ω